

Der BUND in Nordrhein-Westfalen

Jahresbericht 2005

Düsseldorf, April 2006

Vorwort ■

Umwelt schützen. Natur bewahren. ■

- Agrarwende anders: Gentechnik soll salonfähig werden
- Klimaschutz: Im Westen nichts Neues
- Feinstaub: Unser Recht auf saubere Luft
- Gewässer-, Natur- und Freiraumschutz: Die BUND-Projekte
- Verkehr: Schwarz-Gelb setzt auf Beton
- Abfall und Chemie: Ökodumping liegt im Trend

Unabhängig. Politisch und finanziell. ■

Vorwort

Umwelt schützen – Natur bewahren“ – unter diesem Motto ist der BUND seit nunmehr 30 Jahren in Nordrhein-Westfalen aktiv. Dass unsere Arbeit wichtig und richtig ist, zeigen die aktuellen Entwicklungen im Umweltbereich.

Mit der Landtagswahl im Frühling und der Bundestagswahl im Herbst 2005 haben sich die umweltpolitischen Rahmenbedingungen entscheidend verändert. Nachdem unter Rot-Grün in Land und Bund bei einigen Erfolgen vieles ökologisch Notwendige nur in Ansätzen angepackt wurde, droht nun die radikale Abkehr vom bisher Erreichten.

Bereits in den ersten 100 Tagen von Schwarz-Gelb wurde klar, wohin der Kurs geht. Die Entscheidung für das Dreckschleuder-Kraftwerk Neurath zementiert Klimazerstörung für weitere 40 Jahre, ein ideologisch motivierter neuer Windkraftenerlass demontiert einen florierenden Wirtschaftszweig im Bereich der erneuerbaren Energien, und erste kleine Schritte für eine artgerechtere Tierhaltung (Schweinehaltung, Käfigverbot für Hühner) wurden sofort wieder aufgehoben oder in Frage gestellt; grüne Gentechnik soll auch in NRW Einzug halten.

Wer Bürokratieabbau sagt, meint eigentlich Demokratieabbau, dieser Eindruck verstärkt sich immer mehr, wenn man die Entwicklungen um die so genannte „Modellregion OWL“ verfolgt. Mit rigorosen Vorschlägen zur Streichung von Beteiligung und Mitwirkung des Umwelt- und Naturschutzes an den Entscheidungsprozessen wird von den eigentlichen Problemen der Region abgelenkt, mit einer gleichgerichteten Bundesratsinitiative sollen im großen Stil die Beteiligungsrechte beschnitten und Ökodumping betrieben werden.

Die wirklich große Chance für die Region Ostwestfalen-Lippe, der zweite Nationalpark in NRW im Bereich der Senne und Egge, rückt in immer weitere Ferne – trotz der Erfolgsstory des Nationalparks Eifel. Nicht einmal ein „Nationalpark light“ – ein Biosphärenreservat – wird noch von den örtlichen Landräten geduldet – egal welche Chancen hier vertan werden, Hauptsache kein Naturschutz.

Themen und Aufgaben, die in Deutschland angepackt werden müssen, haben nichts an Brisanz verloren und die Skepsis ist berechtigt, dass nur allein die Wirtschaft die Probleme löst. Die aktuelle Wirtschaftspolitik nützt

vor allem den Großunternehmen und verstärkt Konzentrationsprozesse: Wenige Multis erzielen immer gigantischere Gewinne, immer mehr Menschen erhalten immer geringere Löhne und Gehälter oder werden in die Arbeitslosigkeit abgedrängt. Dazu kommen die erheblichen Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Sozialsysteme.

Die Menschen haben Anspruch darauf, dass ihnen endlich die Wahrheit gesagt wird. Mit jedem Hochwasser, mit jedem Hurrikan, mit jedem Preisschub für Öl und kriegerischen Auseinandersetzungen um Rohstoffe wird klarer, dass nur andere Lebensstile und ein Ende der Verschwendungswirtschaft uns, vor allem aber unseren Kindern und Enkeln, ein Überleben in einer halbwegs intakten Umwelt ermöglichen wird. Im Gegensatz zum ideologischen Mainstream, der den Umweltschützern Wirtschaftsfeindlichkeit unterstellt, ist längst erwiesen: Umweltschutz schafft Arbeitsplätze, Nachhaltigkeit sichert Ressourcen und Klimaschutz ist elementar wichtig für unsere Überlebenschancen.

Der BUND sieht sich daher unter neuer Bundes- und Landesregierung dringender denn je gefordert, seine Positionen mit Engagement und Stehvermögen zu vertreten und um die richtige Weichenstellung der Gesellschaft zu kämpfen. Voraussetzung hierfür ist unsere parteipolitische und finanzielle Unabhängigkeit.

Einen kleinen Ausschnitt aus der vielfältigen BUND-Arbeit in Nordrhein-Westfalen präsentiert der vorliegende Jahresbericht 2005. Er beschränkt sich zwangsläufig auf die Aktivitäten des BUND-Landesverbandes, wohl wissend, dass der BUND NRW e.V. in erheblichem Maße vom Engagement der vielen tausend ehrenamtlichen Natur- und Umweltschützer in den 197 Orts- und Kreisgruppen lebt.

Klaus Brunsmeier
Landesvorsitzender



Klaus Brunsmeier, BUND-Landesvorsitzender: „Mit Engagement und Stehvermögen für richtige Weichenstellungen kämpfen.“

Umwelt schützen. Natur bewahren.



2005: Das Jahr der Wahlen. Der BUND hat sich mit vielfältigen Aktionen und Materialien für die ökologisch-ökonomische Erneuerung NRWs eingesetzt.

Der 22. Mai 2005 war ein historischer Tag: Mit dem Regierungswechsel in Düsseldorf erfolgte eine neue Weichenstellung auch für – oder eher: gegen – die Umwelt- und Naturschutzpolitik in NRW. Seitdem hat sich auch die Rolle des BUND entscheidend gewandelt. Gelang es unter Rot-Grün zumindest teilweise, kleine Erfolge auf dem Weg zu einer ökologischen Erneuerung des Landes zu erzielen, hat nun auf breiter Front der „roll back“ eingesetzt. Es gilt, Schlimmeres zu verhindern.

Trotz des eingeleiteten Kurswechsels bleiben etliche umweltpolitische Themenschwerpunkte der vergangenen Jahre natürlich weiterhin auf der BUND-Agenda. Dazu zählt der Einsatz für eine gentechnikfreie Landwirtschaft, für saubere Luft und eine zukunftsfähige Energieversorgung.

Mit den erfolgreichen Projekten WASSERNETZ NRW und *Grüner Wall im Westen* gelingt es uns zudem, wichtige Themenfelder zu besetzen und öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Und auch das Top-Thema Freiraumschutz gehen wir mit dem neuen Projekt *Zukunftsfähige Flächennutzung in NRW* konzentriert an.

Agrarwende anders: Gentechnik soll salonfähig werden

Die Aktivitäten zur ‚Agrarwende‘ standen 2005 im Zeichen sich ändernder politischer Rahmenbedingungen in Folge von Landtags- und Bundestagswahl sowie massiver politischer Auseinandersetzungen um den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft. Dies erforderte wie schon im Vorjahr eine klare Prioritätensetzung der agrarpolitischen Aktivitäten des BUND auf die Agrogentechnik.

Daneben hatte der BUND weiterhin die landwirtschaftliche Tierhaltung und hier insbesondere die Putenhaltung fest im Blick. Erfreulich war dabei das wachsende Medieninteresse. Ob die Bilanzierung von fünf Jahren Rot-Grüner Agrarpolitik und die Bewertung der ‚neuen‘ Politik, Gammelfleisch, Getreideverbrennung, Hennenhaltung, Vogelgrippe und andere Themen: Wer klare, fundierte Positionen sucht, war und ist beim BUND an der richtigen Adresse.

Eine Fokussierung bedeutet umgekehrt jedoch auch, dass andere Themen entsprechend weniger stark unterstützt werden können. Dies galt 2005 insbesondere für die Beratung der „Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung

des ländlichen Raums“ (ELER), die jedoch in einer Verbände übergreifenden Arbeitsgruppe in guten Händen lag und dort intensiv begleitet wurde. Gerade die Neuordnung der EU-Agrar-Finzen mit allen darin liegenden Chancen und Risiken wird den BUND in 2006 verstärkt beschäftigen.

Damit Sie auch morgen noch gefahrlos zubeißen können: Der BUND setzt sich für die Erzeugung gesunder Lebensmittel in einer intakten Umwelt ein.

Foto: BUND-Archiv



Erhalt einer gentechnikfreien Land(wirt)schaft

Im Februar 2005 trat der erste und bis heute noch gültige Teil des Gentechnikgesetzes in Kraft, der vor allem Fragen der Haftung, Grundprinzipien der ‚Koexistenz‘ und die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Standorte gentechnisch veränderter Organismen (GVO) mittels Standortregister regelt. Die darüber hinaus gehenden Regelungen der EU-Freisetzungsrichtlinie, die unter Androhung eines Zwangsgeldes zwingend in deutsches Recht umgesetzt werden müssen, bedurften der Zustimmung des Bundesrates; sie wurden dort von der CDU/FDP-Mehrheit blockiert, die die gesamte politische Ausrichtung des Gesetzes ablehnte. Dennoch war damit ab dem Anbaujahr 2005 in Deutschland erstmals der rechtliche Rahmen gegeben, neben den schon bisher erfolgten ‚Freisetzungen‘ zu Forschungszwecken gentechnisch veränderte Pflanzen nunmehr zu kommerziellen Zwecken auf ganz ‚normalen‘ Ackerflächen anzubauen. Da die hierfür ebenfalls erforderliche sortenrechtliche Zulassung für Saatgut erstmals im Herbst 2005 (für den Bt-Mais MON 810) erteilt wurde, handelte es sich dabei zumeist um so genannten ‚Erprobungsanbau‘. Aktuell (März 2006) gibt es diese Zulassung für fünf Bt-Maissorten.

Schwerpunkte des BUND waren demzufolge eine massive Öffentlichkeitsarbeit, politische Lobbyarbeit, diverse Protestaktionen sowie die Fortsetzung unserer Kampagnenarbeit zu Verhinderung des Anbaus. Hinzu kam die Aufgabe, die genkritischen Aktivitäten weiter zu vernetzen.

Als wichtigen Baustein und zugleich Besonderheit entwickelte der BUND das Infosystem ‚Freisetzungsfelder in NRW‘ fort. Das im Frühjahr ’05 neu eingerichtete, bundesweite Standortregister des Bundesamts für Verbraucherschutz benennt zwar die Gemeinden mitsamt Flurstücken, für die ein Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen angemeldet ist, dennoch erschließt sich die exakte Lage der Flächen anhand der Angaben nur Insidern und damit trägt es letztlich wenig zu echter Transparenz bei. Auf der BUND-Homepage kann unterdessen jedermann unkompliziert die Lage der gut zwanzig Freisetzungsfelder und Anbauflächen in NRW anhand von Karten einsehen (www.bund-nrw.de/gentechnikinfosystem.htm).

Das Projekt ist bis heute bundesweit einmalig, und es wird auch 2006 fortgeführt, um die öffentliche Diskussion über die Agrogentechnik und den politisch umstrittenen Zugang zu Informationen zu beleben.

Fortsetzung fand auch die BUND-Kampagne ‚Keine Gentechnik auf kommunalen Flächen‘, für die aktualisierte Musteranträge, Hintergrundinformationen und Vorlagen für Pressemitteilungen bereitgehalten wurden. In zwei Kommunen bewirkte der BUND-Antrag öffentlichen Anhörungen der Ratsausschüsse, in denen wir erneut unsere Positionen darlegten.

Ein weiterer Aktivitätsschwerpunkt ergab sich aus der starken Nachfrage seitens BUND-Gruppen und in

erheblicher Anzahl auch anderer Organisationen nach Vorträgen, Teilnahme an Podiumsdiskussionen sowie Pressegesprächen vor Ort. Das Interesse der Presse wie der Besucher an Veranstaltungen ist anhaltend groß und für alle Beteiligten motivierend.

Mit markanten Aktionen – dabei zumeist mit dem BUND-Maiskolbenkostüm gekleidet – gab der BUND für die Medien auch optisch ein gutes Bild ab. Hervorgehoben sei das symbolische Ausrufen einer ‚gentechnikfreien Zone‘ zusammen mit dem BUND Hilden und zwei örtlichen Landwirten und der gemeinsame Infostand und

Der BUND kämpft
– wie hier in
Hilden – für eine
gentechnikfreie
Landwirtschaft.

Foto: BUND-Archiv

Luftballonwettbewerb mit dem BUND Köln auf dem dortigen Bioerlebnistag.

Der Erhalt einer gentechnikfreien Landwirtschaft bedarf einer Vielzahl von Aktivitäten auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen und guter Kooperation miteinander. Im ‚Bündnis für den Erhalt einer gentechnikfreien Landwirtschaft in NRW‘ entwickelte sich der BUND gemeinsam mit Bioland und der ‚Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft‘ zu einem der ‚Motoren‘ des Zusammenschlusses von mittlerweile 29 Anbau- und Umweltverbänden, Lebensmittelverarbeitern, Naturkosthandel und Verbraucherschutz. Als Aktivitäten sind u.a. eine Aktion vor der Zentrale der Raiffeisen in Bonn (Thema: Verkauf von gentechnikfreien Futtermitteln sicherstellen) und ein Gespräch mit Landwirtschaftsminister Uhlenberg zur Gentechnikpolitik der Landesregierung zu nennen. Es gelang uns, mit der Verbraucherzentrale NRW einen weiteren renommierten Bündnispartner zu finden.



Artgerechte Tierhaltung – Rückschritte unter Schwarz-Gelb

Bei der Frage tiergerechter Haltungsformen – eine der zentralen Herausforderungen der Landwirtschaft – gab es auf Bundes- wie Landesebene viel Gegenwind. Nach zwei Jahren faktischen Stillstands bei der Weiterentwicklung des Tierschutzes setzten die neuen Regierungen in Abstimmung mit Bauernverband und Tierproduzenten die neue Marschroute fest: Festbeschreibung von Mindeststandards nur noch dort, wo die EU solche zwingend vorgibt und Umsetzung dieser Vorgaben lediglich 1:1. Als eine der ersten Amtshandlungen nahm NRW-Landwirtschaftsminister Uhlenberg den (seinerzeit vom BUND begrüßten)

im Dezember '05 ergab dann, dass dieser Erlassentwurf mittlerweile ‚kassiert‘ wurde und es keinerlei Regelung geben wird. Unser Fazit : Uhlenberg knickt vor der Lobby der Putenmäster ein!

Weiterhin mischte der BUND sich mit diversen agrarpolitischen Stellungnahmen in die Tagespolitik ein und gab über o.g. Themen hinaus Vorträge und konkrete Hilfestellungen für BUND-Gruppen insbesondere zum Streuobstwiesenschutz. Unsere traditionelle Abendveranstaltung im Rahmen der Ökolandbautage 2005 gemeinsam mit der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA) war bereits fest geplant, musste jedoch ausfallen, nachdem wahlbedingt die Ministerin abhanden gekommen und ihr Nachfolger noch nicht im Amt war.

Fazit und Ausblick

Vor allem im Bereich ‚Gentechnik‘ gewann der BUND weiter an Profil und Anerkennung. Sie ist eines der großen Umweltthemen auch der nächsten Jahre. Konkret steht für 2006 eine Neueregung des Saatgutrechts bevor. Darf künftig Saatgut ein gewissen Anteil an GVO-Saat enthalten, ohne gekennzeichnet werden zu müssen? Hier sind harte Auseinandersetzungen vorprogrammiert. Da die Akzeptanz von genmanipulierten Lebensmitteln bei den Verbrauchern nach wie vor gering ist, droht zudem ein Anbau zu einem ganz anderen Zweck: Gentech-Pflanzen wie Raps, Mais oder Kartoffeln als nachwachsende Rohstoffe.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/landwirtschaft.htm



Die glücklichen Zeiten sind vorbei: Dank „Bauernbefreier“ Uhlenberg geht's für unsere Hühner zurück in den als Kleinvoliere beschönigten Kleinstkäfig.

Foto: BUND-Archiv

Schweinehaltungserlass seiner Vorgängerin zurück. Folge: Weniger Platz für's Borstenvieh, aber keine höheren Erlöse für die Landwirte. Trotzdem feierten ihn diese als „Bauernbefreier“.

Im Frühjahr dieses Jahres wird das Land NRW im Bundesrat den Antrag einbringen, das bereits vor Jahren beschlossene Verbot der Käfighaltung für Legehennen aufzuheben und ‚ausgestaltete‘ Käfige (Kleinvolieren) zuzulassen.

Dies hielt den BUND nicht davon ab, weiterhin vor allem für Verbesserungen bei der Putenmast einzutreten. In vielerlei politischen Gesprächen setz(t)en wir uns für die Errichtung eines ökologischen Modellstalls zur Putenmast in NRW analog zu Haus Düsse/Ristwick ein. Nachdem unsere Recherchen Ende 2003 miserable Haltungsbedingungen in den NRW-Putenställen aufgezeigt hatten und diese von NRW-Umweltministerium nach eigener Untersuchung bestätigt wurden, legte Ministerin Höhn im Frühjahr 2005 den Entwurf eines Erlass zum Schnabelkürzen vor – ein erster konkreter Erfolg unser beharrlichen Arbeit! In einer fachlichen Stellungnahme begrüßten der BUND das Vorhaben. Eine von uns angeregte Anfrage im Landtagsagrarausschuss

„Jagd muss Spaß machen“

Nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch beim Artenschutz und beim Schutz der Haustiere wird der Tierschutz von der neuen Landesregierung vernachlässigt. Im Landestierschutzbeirat, dem der BUND seit zwei Jahren angehört, stoßen unsere Forderungen – z. B. nach artgerechter Pelztierhaltung – weiter auf taube Ohren. Stattdessen begünstigt der Naturschutz-Minister Uhlenberg die NRW-Jägerlobby („Jagd muss Spaß machen“), indem er wesentliche Jagdbeschränkungen und –zeiten kurzerhand aufhebt. Wirtschaftliche und Lobby-Interessen haben bei ihm offenbar Vorrang. Seine Behauptung, Tierschutzstandards hätten in NRW in vielen Bereichen „ein deutlich höheres Niveau, als es die EU vorschreibt“,

entsprechen angesichts falscher Voraussetzungen nicht der Wirklichkeit. Der BUND wird auch künftig seine tierschutzpolitischen



Foto: H. Meister

Ziele zusammen mit anderen Verbänden offensiv öffentlich machen, wie etwa bei der umstrittenen Haltung der Freizeit- und Sportpferde, bei der Stadtauben-Problematik oder bei mangelhaften Tierschutz- Kontrollen durch die vollziehenden Behörden.

Klimaschutz: Im Westen nichts Neues

Nordrhein-Westfalen bleibt der Klimakiller Nr. 1: Im Jahr 2004 wurden im Rheinland 97,3 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Der Großteil davon diente der Verstromung. Dieser Energieträger hat damit einen Anteil an der NRW-Bruttostromerzeugung von 45 % und ist allein für ein Drittel aller kraftwerksbedingten Kohlendioxidemissionen Deutschlands in Höhe von insgesamt 322 Mio. t verantwortlich. Weitere 41 % der Stromerzeugung entfallen auf die Steinkohle. Dem gegenüber ist der Anteil der Erneuerbaren Energien mehr als bescheiden. Umso unverständlicher ist es daher, mit welcher ideologischen Verbissenheit Schwarz-Gelb gegen die Windkraft polemisiert.

Auch wenn im Zuge der anstehenden Steinkohlekraftwerks-Erneuerungen, z.B. in Datteln und Walsum, die örtlichen BUND-Gruppen massiv in die Auseinandersetzung um diese wenig zukunftsfähige Energieversorgung auf Kohlebasis eingestiegen sind, bleibt die Braunkohle ein herausragender Themenschwerpunkt des BUND. Die langjährige Arbeit fließt nun ein in die neue bundesweite Klimaschutzkampagne.



Ungebrochen: der BUND-Widerstand gegen den Tagebau Garzweiler II.

Fotos: BUND-Archiv, C. Langer

Braunkohlentagebau Garzweiler bleibt „virtuelles Loch“

Im Juli 2005 hat der BUND beim Verwaltungsgericht Düsseldorf Klage gegen die Bezirksregierung Arnsberg erhoben. Damit wehren wir uns gegen die auf Antrag der RWE Power AG seitens der Bergbehörde verfügte Zwangsenteignung unserer Obstwiese im geplanten Tagebau Garzweiler. Die Grundabtretung ist u.E. rechtswidrig, da der geplante Tagebau Garzweiler II energiewirtschaftlich überflüssig, klimaschutzpolitisch verheerend und ökologisch nicht beherrschbar ist. Die Enteignungs-Voraussetzung nach § 79 Bundesberggesetz, wonach der Nachweis zu erbringen ist, dass die Grundabtretung dem Wohl der Allgemeinheit dient, ist damit nicht gegeben. Diese hatte eine vom BUND beim Öko-Institut Freiburg in Auftrag gegebenes Energiegutachten belegt. Pikant dabei: Das RWE war auf Antrag des BUND verpflichtet worden, die Gutachterkosten in voller Höhe zu übernehmen.

Mit dieser Klage – der ersten gegen eine Zwangsenteignung im Rheinland – wird eine weitere Runde im Kampf gegen den bislang noch immer virtuellen Tagebau Garzweiler II eingeläutet. Als eine erste Reaktion hat RWE Power seine Abbauplanungen um zwei Jahre nach hinten verschoben.

Auch im Klageverfahren gegen die bergrechtliche Zulassung hat sich 2005 einiges getan: Am 07. Juni 2005 hat der 11. Senat des Oberverwaltungsgerichts (OVG) in Münster im Berufungsverfahren die Klage des BUND

gegen die Zulassung des Rahmenbetriebsplanes Garzweiler I/II als unbegründet abgewiesen. Die Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils, wonach die bergrechtliche Zulassung des Tagebaus ohne Planfeststellungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfung zulässig sein soll, hält der BUND weiterhin für europarechtswidrig. Auch die Verweigerung eines frühzeitigen effektiven Rechtsschutzes der Betroffenen ist nicht hinnehmbar.



Obwohl das OVG wegen der „grundsätzlichen Bedeutung“ des Verfahrens die Revision zum Bundesverwaltungsgericht ausdrücklich zuließ, hat sich der BUND nach reiflicher Überlegung dagegen entschieden, um mit voller Kraft gegen die Zwangsenteignung vorzugehen. Unter ausdrücklichem Verweis auf diese zeitlich parallel laufende „Grundabtretung“ hatte das Gericht angekündigt, im dortigen Verfahren eine vollumfängliche Prüfung der energiepolitischen Notwendigkeit und aller Auswirkungen des Vorhabens zu gewährleisten. Daneben wird das vom BUND als rechtswidrig erachtete Rahmenbetriebsplanurteil durch einen in diesem Verfahren mit guten Erfolgsaussichten aufgestellten Privatkläger weiter verfolgt. Diesem Kläger sichert der BUND weiterhin seine volle fachliche Unterstützung zu.



Weltjugendtag: Mit dem Dino beim Papst

Auch 2005 war der 9 m hohe „Kohlendioxid-Dinosaurier“ – zusammengesetzt aus Symbolen fossiler Energieträger – wieder im Rheinland aktiv. Nachdem er in 2004 schon die Weltmesse für Erneuerbare Energien in Bonn besucht hatte, empfing er nun den Papst. Auf der Abschlussveranstaltung des Weltjugendtags 2005 warben der BUND und sein europäischer Dachverband Friends of the Earth Europe für mehr Klimaschutz. Mit den PilgerInnen aus aller Welt wurden hunderte Klima-Botschaften formuliert, die später den Delegierten der UN-Klimakonferenz in Montreal präsentiert wurden.

Auch der WJT-Sponsor RWE blieb nicht ungeschoren. Eine großformatige RWE-Selbstbeweihräucherungs-Anzeige wurde von uns „gefaked“ – bzw. besser gesagt: korrigiert – und vieltausendfach verteilt. Darin klärten wir die WJT-BesucherInnen über die irreversiblen Folgen der Braunkohlengewinnung für Mensch, Natur und Klima auf.



Tagebau Hambach beschäftigt nun das Bundesverfassungsgericht

Mit Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 21. November 2005 wurde die BUND-Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision in dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) vom 17.12.2004 in Sachen Rahmenbetriebsplan zur Fortführung des Tagebaus Hambach zurückgewiesen. Gleichzeitig hatte das BVerwG bestätigt, dass die auf der Grundlage des „Gesetzes über die Gesamtplanung im rheinischen Braunkohlengebiet“ vom 25. April 1950 (!) im Jahre 1995 ohne Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgte Genehmigung zulässig sei.

Damit ist der bereits 10 Jahre währende Rechtsstreit um den Braunkohlentagebau Hambach jedoch nicht beendet. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache hat der BUND beschlossen, Verfassungsbeschwerde einzureichen. Ziel ist es, eine Revision des OVG-Urteils zu erreichen und die entscheidungserhebliche Frage nach der Notwendigkeit zur Durchführung einer UVP dem Europäischen Gerichtshof vorzulegen.

Materiell geht es um das Abbaggern von weiteren 1.500 Hektar des unersetzbaren Hambacher Forstes mit vielen streng geschützten Tierarten wie z.B. dem größten und wichtigsten Vorkommen der Bechstein-Fledermaus im gesamten Rheinland.

Maßgeblich unterstützt wird der BUND durch die *Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A 4* und den BUND-Bundesverband. Anwaltlich vertreten werden wir – wie in allen Braunkohleverfahren – durch die sehr fachkundige und enorm engagierte Frankfurter Rechtsanwaltskanzlei Philipp-Gerlach & Teßmer.

Die tagebaubedingten „Kollateralschäden“ beschäftigten den BUND auch in 2005. Auch wenn der Planfeststellungsbeschluss zur Verlegung der Hambacher Kohlebahn letztendlich nicht verhindert werden konnte, verhüteten wir zumindest Schlimmeres. Große Teile des

FFH-Gebietes „Steinheide“ werden nun von der Trasse verschont. Und die vom BUND gemeinsam mit dem Landesbüro der Naturschutzverbände veranlasste Nachuntersuchungen zu Fledermäusen im Hambacher Forst erbrachte den sensationellen Nachweis der größten Bechstein-Fledermauspopulation im Rheinland. Der Nachweis dieser Anhang IV-Art gemäß FFH-Richtlinie wird uns in den kommenden Verfahren noch von großem Nutzen sein.

Nach Jahren der Vorbereitung wurde nun auch das Planfeststellungsverfahren zur Verlegung und dem sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A 4 eingeleitet. Auf Grundlage der umfangreichen BUND-Stellungnahme wurden von den örtlichen Aktiven mehr als 1.000 Einwendungen gesammelt. In mehreren Veranstaltungen mit z.T. mehr als 200 BesucherInnen wurde über die für Mensch und Natur unerträgliche Planung informiert und der Widerstand mobilisiert. Für die betroffenen Kommunen entlang der Trasse zeichnet sich ein wahres Horrorszenario ab. So soll in unmittelbarer Ortsrandlage von Kerpen-Buir nicht nur der 450m tiefe Tagebau Hambach erschlossen werden, sondern gleichfalls die Hambachbahn mit 288 Zugbewegungen täglich, eine sechsspurige Bundesautobahn und die Grubenrandstraße verlaufen. Schon jetzt sorgt die DB-Strecke Köln-Aachen dort für schlaflose Nächte. Für den April 2006 wurde der Erörterungstermin terminiert.

Gemeinsam mit den BIs kämpft der BUND gegen die tagebaubedingte Autobahnverlegung.

Foto: Aktionsgemeinschaft der BIs



EU-Beschwerde gegen „Hamster-Kraftwerk“ Neurath

„Hamster oder Arbeitsplätze“: Auf diese einfältige Botschaft reduzierte Schwarz-Gelb die vom BUND angezettelte Auseinandersetzung um das geplante 2.200 Megawatt-„Klimakiller“-Kraftwerk in Neurath. Die (damalige) Opposition in Bund und Land missbrauchte *Cricetus cricetus* heftig zu Wahlkampfzwecken, der kleine Nager – stellvertretend für die geltenden Umweltstandards – wurde gar als Haupthindernis für die Genesung des Wirtschaftsstandorts Deutschland ausgemacht. Das bundesweite Medienecho, von der Boulevardpresse bis hin zu seriösen Magazinen, war gewaltig. Darin ging vollständig die Frage unter, ob das Kohlekraftwerk überhaupt energiewirtschaftlich Sinn macht. Auch wenn sich der BUND vehement gegen diesen Missbrauch der Umweltfrage wandte, konnte die

Genehmigung des Kraftwerks letztendlich nicht verhindert werden.

Das war aber noch nicht das Ende des Kraftwerk-Streits. Ende Oktober 2005 legte der BUND bei der Europäischen Kommission in Brüssel Beschwerde gegen die Kraftwerksgenehmigung ein. Begründet wurde diese mit Verstößen gegen die Luftqualitätsrahmenrichtlinie, die Wasserrahmen-Richtlinie, die FFH-, IVU- und UVP-Richtlinien. Inzwischen teilte die Kommission uns mit, dass sie aufgrund dieses Vortrags Anhaltspunkte für eine Vertragsverletzung sieht und deshalb intensiv in die Prüfung eingestiegen ist. Fortsetzung folgt...

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/braunkohle.htm

Die BUND-Energieexperten besichtigen den Bauplatz für das BoA-Kraftwerk in Grevenbroich-Neurath: Künftig werden allein hier insgesamt 30 Millionen Tonnen Kohlendioxid jährlich in die Luft geblasen. Das RWE zementiert damit seine Position als Klimakiller Nr. 1 in Europa.

Foto: D. Jansen



Foto: D. Jansen



Gegenwind für die Windkraft

„Das ist das erste, was wir kaputt machen werden“. Dieser vollmundigen Ankündigung ließ der neue NRW-Bauminister Oliver Wittke Taten folgen und löste damit eine heftige landespolitische Debatte aus, in die sich der BUND vehement einmischte. Die Neuauflage des unter Rot-Grün kreierte Windkrafteerlasses zur Steuerung der Erschließung der Windkraftpotenziale im Lande sah dann auch wesentliche Verschlechterungen vor, die eine Diskriminierung der Windkraftanlagen gegenüber anderen Industrieanlagen darstellen. Als „geradezu heuchlerisch“ bewertete der BUND die vorgeschobene Landschaftsschutz-Argumentation der Landesregierung. Einerseits wurde eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Baugesetzbuches eingeleitet, womit Windkraftanlagen zukünftig nicht mehr im unbeplanten Außenbereich errichtet werden dürften. Andererseits kündigte Schwarz-Gelb im Regierungsprogramm an, gerade den bisher geschützten Außenbereich für Baumaßnahmen verschiedenster Art öffnen zu wollen. Die geplante Einführung eines Pauschalabstandes von 1.500 m zu Wohngebieten bewertete nicht nur der BUND als „schlichtweg rechtswidrig“.

Gemeinsam mit dem Bundesverband Windenergie und Anlagenbetreibern machte der BUND gegen den Windkraft-Verhinderungserlass mobil. Letztendlich ohne Erfolg. Dies ist umso tragischer als es in der Auseinandersetzung um die Windkraft nicht nur um den Klimaschutz im Lande geht, sondern auch um zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/energie.htm

Feinstaub: Unser Recht auf saubere Luft

Kaum ein Umweltthema sorgte in 2005 für so viele Schlagzeilen wie das Feinstaubproblem. Die extrem gesundheitsschädlichen Partikel gelangten auch dank der BUND-Kampagne in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Nachdem die Behörden trotz jahrelanger Vorwarnzeit die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben lange hinauszögerten, brach aufgrund der dramatischen Messergebnisse bereits zu Jahresbeginn hektische Betriebsamkeit los. Durch Aktionen und mit juristischen Mitteln machte der BUND Druck. Gemeinsam mit den



In aller Lungen: Die Feinstpartikel waren Dauerthema in 2005.

Fotos: D. Jansen, W. Reh

örtlichen BUND-Gruppen u.a. in Düsseldorf, Dortmund, Neuss und im Braunkohlenrevier wurde die Aufstellung von Aktionsplänen durchgesetzt und das Thema öffentlichkeitswirksam problematisiert. Durch die Mitarbeit in den Projektgruppen zur Aufstellung von Aktionsplänen bei den Bezirksregierungen und in der *Steuerungsgruppe Luftreinhalteplanung NRW* beim Umweltministerium konnten wichtige Anliegen eingebracht werden.

Nicht ohne Erfolg: Zwar führte erst die Androhung von Klagen zur Aufstellung der notwendigen Aktionspläne in Düsseldorf und Dortmund. Allerdings beinhalten diese nun mit den so genannten Umweltzonen eine zentrale BUND-Forderung. Allerdings hapert es noch kräftig mit der Umsetzung, da die für die Verhängung selektiver Fahrverbote notwendige Kennzeichnungsverordnung im Trubel der Bundestagswahlen zunächst auf der Strecke blieb.

Allgemein ist die kommunale Bereitschaft zur Inkraftsetzung restriktiver Verkehrsregelungen noch immer nicht sehr stark ausgeprägt. Der BUND ist daher weiterhin auf eine Musterklage vorbereitet. Zur Finanzierung wurde mit Unterstützung der Kreis-, Orts- und Regionalgruppen ein Feinstaub-Klagefonds eingerichtet.

Auch im Rheinischen Braunkohlenrevier war die BUND-Arbeit erfolgreich. Nachdem wir den Zusammenhang hoher Feinstaub-Konzentrationen mit den Braunkohletagebauen aufgedeckt hatten, wurde – nach anfänglich hartnäckigem Leugnen der Problematik durch das Energieministerium, die Bergbehörden und RWE Power – ein Feinstaub-Aktionsplan zur Minderung der Belastung aufgestellt. Nachdem wir schon die Installation zweier Messstationen am Tagebau Hambach erreicht hatten, wir nun auch am Tagebau Garzweiler gemessen.

Politisches Stiefkind in Sachen Feinstaub bleibt der Schutz vor industriellen Immissionen. Gerade im hoch industrialisierten Nordrhein-Westfalen mit seinen zahlreichen Braun- und Steinkohlekraftwerken, den Kokereien, Stahlwerken, Hochöfen und Sinteranlagen ist der Wille wenig ausgeprägt, den Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsschädlichen Feinstäuben höher zu gewichten, als den vermeintlichen Schutz des Wirtschaftsstandorts NRW. In zahlreichen immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren hat der BUND den vorsorgenden Gesundheitsschutz eingefordert. Letztendlich wird aber wohl nur eine Verschärfung des Europarechts den notwendigen Druck auf die Anlagenbetreiber erzeugen.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/immissionsschutz.htm

Kampf dem Fluglärm

Neben dem Feinstaub ist der Lärm einer der wesentlichen Krankmacher in unseren Ballungsräumen. Der Fluglärm raubt Tausenden Betroffenen den Schlaf. An den Flughäfen Köln/Bonn, Düsseldorf und Mönchengladbach machte der BUND dagegen mobil (siehe auch S. 16).

Mit der Umsetzung der EU-Umgebungs-lärmrichtlinie wird die Lärmekämpfung zukünftig stärker ins Bewusstsein von Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit dringen. Bleibt zu hoffen, dass die Entwicklung diesmal nicht verschlafen wird.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/verkehr.htm



Foto: W. Reh

Gewässer-, Natur- und Freiraumschutz:

Die BUND-Projekte

Da der BUND keine institutionelle Förderung erhält, sind, die hauptamtlichen Kapazitäten im fachpolitischen Bereich zwangsläufig limitiert. Mit den überwiegend fremdfinanzierten BUND-Projekten gelingt es uns dennoch, zusätzliche Kapazitäten zu erschließen und natur- sowie umweltschutzpolitisch bedeutsame Lücken zu schließen.

Das WASSERNETZ NRW

Seit September 2004 läuft unter Federführung des BUND das von der *Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung* finanziell unterstützte Projekt WASSERNETZ NRW der drei anerkannten Naturschutzverbände. Seitdem ist es gelungen, zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie an Rhein und Ruhr ein erstes tragfähiges Netzwerk zu knüpfen. Auch innerhalb der zahlreichen staatlichen Expertengremien genießt das WASSERNETZ NRW mittlerweile großes Ansehen.

Große Defizite im Gewässerschutz hat die offizielle Bestandsaufnahme nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie aufgezeigt, die Anfang 2005 weithin bekannt wurde. Wo die Ursachen dafür liegen und was der Naturschutz für eine Verbesserung tun kann, das gehörte zu den wichtigsten Fragen, die bei den Vorträgen des WASSERNETZ NRW bei zahlreichen Kreis- und Ortsgruppen diskutiert wurden. Besonders wichtig ist es, die in der WRRL festgeschriebenen Beteiligungsrechte wahrzunehmen. Das WASSERNETZ engagiert sich dafür, dass dies auch für die allgemeine Öffentlichkeit möglich wird. Ein wichtiges Mittel dazu sind die Regionalseminare, bei denen sich die Aktiven in einem Flussgebiet kennen lernen und gemeinsam Aktionen planen. 2005 gab es solche Seminare in Oberhausen (Flussgebiet Emscher), Hagen (Ruhr) und Düren (Rur), weitere Seminare für die Sieg, Ems, Wupper und Lippe sollen 2006 folgen.

Zu den wichtigen Aufgaben des vergangenen Jahres gehörte auch die Vorbereitung und Teilnahme an Tagungen, u.a. zu den Auswirkungen von Abgrabungen und Braunkohletagebau auf die Gewässer. Viel Zeit nahm auch die Beteiligung an zahlreichen Arbeitsgruppen und Projekten der Behörden in Anspruch, bei denen sich die WASSERNETZ-Mitarbeiter intensiv für die Integration von Naturschutzaspekten in die Vorbereitung des kommenden Monitorings und für die Maßnahmenplanung eingesetzt haben.

Das WASSERNETZ NRW braucht aber weitere Unterstützung. In der jetzt erschienenen Broschüre „Aktiv werden – Die europäische Wasserrahmenrichtlinie“ finden Kreis- und Ortsgruppen viele praktische Vorschläge für aktive GewässerschützerInnen. Diese Broschüre ist auch ein Dokument der fruchtbaren Kooperation mit der Emschergenossenschaft.

Ziel für 2006 ist, eine Fortführung dieses erfolgreichen Projektes sicher zu stellen.

Mehr Infos: www.wassernetz-nrw.de



BUND-Projekt Welter Bach

Inmitten des Kernmünsterlandes erstreckt sich das 35 Hektar große Naturschutzgebiet „Bachauenkomplex am Welter Bach“ wenige Kilometer nördlich von Dülmen. Die geschützten Flächen in dem Tal des Welter Baches sind Teil eines großen intakten Grünlandkomplexes mit aktiver Bachauendynamik.

Nach dem Flächenerwerb durch den BUND und die NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege und Vermittlung durch das Amt für Agrarordnung Coesfeld wurden Naturschutzmaßnahmen möglich, die zum Erhalt gefährdeter Pflanzengesellschaften wie Sumpfdotter-blumenwiesen, Flutrassen und nasser Weidelgras-Weißkleewiesen führten.

In den feuchten Weiden und nassen Wiesen liegen ausgedehnte Blänken, die Wiesenvögeln wie Bekassine und Großer Brachvogel als Trittsteinbiotop dienen. Neben den Limikolen brütet der Eisvogel regelmäßig ebenso wie der Steinkauz und die Schleiereule in den benachbarten Bauernhöfen. Über einhundert Arten der Vogelwelt dient das Schutzgebiet als Rastplatz, Brut- oder Nahrungsrevier.

Landwirte bewirtschaften die nassen Wiesen und Weiden mit Galloway-Rindern. Die genügsamen Tiere leben ausschließlich von dem krautreichen Gras im Schutzgebiet. Sie bilden ein hervorragendes Fleisch, das in Direktvermarktung verkauft wird.

Das BUND-Projekt Welter Bach bei Dülmen hat sich die Renaturierung und ökologische Bewirtschaftung eines Bachauenkomplexes zum Ziel gesetzt.

Fotos: BUND-Archiv

Der BUND betreut die Wiesen in ehrenamtlicher Arbeit, am Welter Bach tummeln sich jetzt im Frühjahr so viele Vögel wie noch nie zuvor. Es sind jeweils hunderte von Enten, Staren, Wacholderdrosseln und vor allem Kiebitze. Die Tiere nutzen die nassen Wiesen zur Rast – wie immer zu dieser Jahreszeit aber noch nie in diesen Mengen.

In den Wiesen hüpf und tschiept und wabert es, das ist ein tolles Bild. Die meisten Kiebitze sitzen auf den neu erworbenen Flächen, die noch vor zwei Jahren Acker waren. „Ich habe so etwas im Schutzgebiet noch nie gesehen und bin mir sicher, dass ich da heute weit über tausend Vögel im BUND-Gebiet gesehen habe“, so Martin Groß, der für den BUND NRW e.V. das Gebiet vor Ort betreut.

Mehr Infos: www.welter-bach.de



und die kindliche Entwicklung durch naturnahe Arbeit zu fördern ist das Ziel des BUND-Naturerlebnisgartens Hertens.

Die BUND-Ortsgruppe Hertens hat dieses beispielhafte Projekt in den letzten acht Jahren aufgebaut. Allein im Jahr 2005 besuchten 7.000 Kinder und Jugendliche den 16.000 m² großen Naturerlebnisgarten und buchten Unterrichtseinheiten aus dem breiten umweltschulpädagogischen Angebot. Die Natur ist dabei ein besonders geeigneter Spielraum, da sie sowohl die Motorik und Sinneswahrnehmung als auch die Fantasie und Kreativität fördert. Die Kinder erlernen soziale Fähigkeiten, Sprache und Intellekt entwickeln sich

Verkehrssicherungspflicht in NRW: Baum ab!

Kaum eine Woche vergeht in NRW, ohne dass der BUND nicht aus irgendeiner Stadt oder Gemeinde Nachricht von Baumfällungen erhält – häufigster Grund: „Verkehrssicherungspflicht“ oder: „Bau-Recht geht vor Baum-Recht“.

Mal sind es einzelne Stadtbäume, mal ganze Gruppen; mal holzen Privatleute, mal städtische oder Landesbehörden. Kaum eine Kommune bemüht sich noch, Bäume zu pflegen und zu erhalten. Mit dem Zauberwort: „Verkehrssicherungspflicht“ werden alle fachlichen Bedenken eliminiert.

Der BUND hat ermittelt, dass in NRW kaum mehr als ein Drittel der Kommunen noch über eine Baumschutzsatzung verfügt – mit weiter abnehmender Tendenz. Die Kommunal- und Landespolitik macht sich mitschuldig am weiter sinkenden Stellenwert der Stadtbäume – vor allem in mehrheitlich CDU-geführten Kommunen. Da hilft es wenig, dass der Ministerpräsident Jürgen Rüttgers mit seiner PR-Kampagne: „100 neue Alleen“ durchs Land zieht, wenn woanders ganze Alleen, wie etwa die Allee Wachendorf in Mechernich/Kreis Euskirchen, mit amtlicher Hilfe abgeholzt werden.

Der BUND unterstützt alle Aktivitäten, die diesen Trend umkehren helfen.

Lernort Natur: Der BUND-Naturerlebnisgarten Hertens

Vielen Kindern aus dem städtischen Wohnumfeld fehlen heute Möglichkeiten, sich kreativ in freiem Spiel zu entfalten. Fernseher oder Computer ersetzen zunehmend die fehlenden Erfahrungen im realen Leben. Diese Defizite zu beseitigen

weiter. Sie begreifen ökologische Zusammenhänge und können eine positive Beziehung zur Natur aufbauen.

Ein Naturerlebnisjahr der besonderen Art erlebten 50 Kinder mit körperlichen und geistigen Benachteiligungen von März bis Dezember 2005. Während der zweimonatlichen Besuche konnten die Kinder beim Bau eines Lehmofens, bei der Anlage eines Kürbishügelbeetes, beim Mulchen der Wege oder beim Weidenschnitt ihre Fein- und Grobmotorik verbessern. Kinder, deren Alltag in Räumen stattfindet, häufig Therapieräumen, konnten hier in der Natur barrierefrei spielen, sich ungezwungen bewegen, klettern und sich neue Fertigkeiten aneignen. Auch das ergotherapeutische Konzept wurde von Sigrun Zobel, BUND Hertens, entwickelt. Am Ende des Jahres fühlten sie sich körperlich sicherer und ihre Gedächtnisleistung hatte zugenommen. Der Versuch aus der oft körperlichen Enge auszubrechen, ist gelungen.



Mehr Infos: www.bund-naturerlebnisgarten.de

Düsseldorfer Erklärung für den Schutz der Greifvögel

Nach jahrelanger gezielter Verfolgung und Dezimierung setzte sich in den 1970er Jahren die Erkenntnis durch, dass Greifvögel ein wichtiger Bestandteil des Naturhaushaltes sind. Durch den Schutz vor Verfolgung, aber auch durch das Verbot von Umweltgiften und teilweise auch durch Verbesserung der Lebensräume konnten sich die meisten Greifvogelarten seitdem von ihrem Bestandstief erholen. Auch die Wiederansiedlung der Wanderfalken gelang dank der Bemühungen der Naturschützer. Claus Doering – dem „Domfalkner“ – von der AG Wanderfalkenschutz im BUND gebührt hierfür die größte Anerkennung.

In den letzten Jahren mehren sich jedoch die Meldungen über illegale Greifvogelverfolgungen. Immer wieder ist von „unnatürlichen Überpopulationen“ die Rede. Obwohl heimische Greifvögel das ganze Jahr unter Schutz stehen, werden sie illegal geschossen, vergiftet, in Fallen gefangen, oder ihre Nester werden zerstört. Bei einigen Arten, insbesondere beim Habicht und Rotmilan, drohen Bestandsrückgänge oder sind bereits gebietsweise festgestellt worden. Offensichtlich hat sich die Erkenntnis, dass sich Greifvogelbestände der ökologischen Kapazität ihres Lebensraumes anpassen, nur ansatzweise durchgesetzt. Im Gegensatz zu neuerdings wieder häufiger zu hörenden Verlautbarungen sind die deutschen Greifvogelbestände weder langfristig gesichert, noch gar von einem grenzenlosen Anstieg gekennzeichnet.

Das Landesumweltministerium, die nordrhein-westfälische Ornithologengesellschaft, der Landesjagdverband NRW, die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt sowie die Umweltschutzverbände BUND und NABU haben deshalb Ende August 2005 eine gemeinsame Erklärung zum Schutz von Greifvögeln unterzeichnet. Mit der „Düsseldorfer Erklärung gegen illegale Greifvogelverfolgung in NRW“ sprechen sich alle Beteiligten geschlossen gegen dieses illegale Töten aus und wollen den Greifvogelschutz intensivieren.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/naturschutz.htm



Rostbinde ist „Schmetterling des Jahres“

Die BUND NRW Naturschutzstiftung hat in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. die nach der Roten Liste bundesweit als gefährdet eingestufte Rostbinde (*Hipparchia semele*) zum „Schmetterling des Jahres 2005“ ausgewählt.

Die Rostbinde hat ihren Namen von der rostroten Bindenzeichnung auf den Oberseiten von Vorder- und Hinterflügel erhalten. Der Bestand des Schmetterlings ist insgesamt rückläufig, da viele der für den Falter lebensnotwendigen nährstoff- und vegetationsarmen Flächen aufgrund des Stickstoffeintrags aus der Luft zuwachsen. Ursache für diese „Düngung aus der Luft“ sind hauptsächlich Autoabgase und Intensiv-Landwirtschaft.

Der Schmetterling kommt in Deutschland nur in voneinander isolierten inselartigen Populationen vor, in NRW z.B. in der Senne, dem ehemaligen Munitionsdepot Brüggen-Bracht oder der Drover Heide.



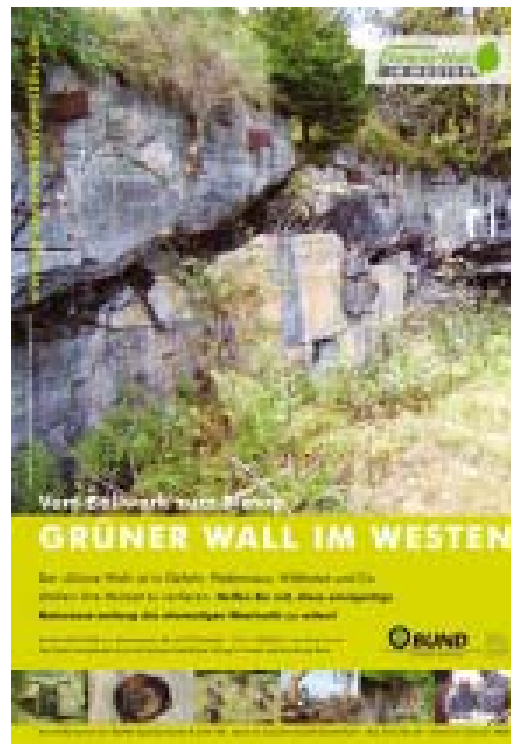
Mehr Infos: www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de/schmetterling2005.htm

Grüner Wall im Westen

Im November 2004 hat der BUND Nordrhein-Westfalen das Projekt *Grüner Wall im Westen* gestartet. Dank einer Förderung der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung und der finanziellen Unterstützung des BUND-Bundesverbandes konnte es für zwei Jahre mit einer Vollzeitstelle besetzt werden.

Ziel des Projektes ist es, auf der Grundlage eines ökologisch-historischen Gesamtkonzeptes die Westwall-Anlagen in der Eifel vor dem Abriss zu bewahren, dauerhaft zu sichern und im Einklang mit der Natur erlebbar zu machen.

Erste große Erfolge stellten sich in 2005 ein. Nach zahlreichen Gesprächen mit der Landespolitik, den zuständigen Behörden vor Ort und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) konnte ein zunächst für die Dauer von zwei Jahren wirksames Abrissmoratorium erreicht werden. Die Zertrümmerung der Bunker wurde damit vorerst gestoppt, womit wichtige Lebensräume und Zufluchtsstätten von Fledermaus, Wildkatze und Co. gerettet wurden. Das Moratorium verschafft uns auch den notwendigen zeitlichen Freiraum, dauerhafte





Vom Bollwerk zum Biotop: Die Bunker- und Höckerlinie des ehemaligen Westwalls ist heute ein gefährdetes Biotopverbundsystem. Mit dem BUND-Projekt *Grüner Wall im Westen* soll dieses dauerhaft geschützt werden.

Foto: D. Jansen, BUND-Archiv

Lösungen zur Sicherung des *Grünen Walls im Westen* zu entwickeln. Gespräche zu einer Verlängerung des Abrisstopps wurden bereits aufgenommen.

Die Erarbeitung des ökologisch-historischen Gesamtkonzeptes zum Erhalt der Westwall-Anlagen befindet sich in der Schlussphase der Bearbeitung. Ein Ergebnis wird schon jetzt deutlich: Alle Befestigungsanlagen sind per se wegen ihres hohen Naturschutzwertes erhaltungswürdig.

Mit einem Modellvorhaben treibt der BUND deshalb die Bunkerübergabe an Dritte voran. Nach schwierigen Verhandlungen scheint nun der Weg frei für die Übernahme von zwei Bunkern in Hellenthal und Stolberg durch die BUND NRW Naturschutzstiftung. „Knackpunkt“ der Verhandlungen mit der BlmA und den Grundeigentümern ist die so genannte Verkehrssicherungspflicht. Wir hoffen aber, nun eine „wasserdichte“ Vertragskonstruktion gefunden zu haben, die auch als Beispiel für die Bunkerübernahme anderer Interessenten dienen kann.

Durch das BUND-Projekt *Grüner Wall im Westen* wurde darüber hinaus eine gut funktionierende Diskussionsplattform zwischen ehrenamtlich Aktiven, Verbänden und Behörden geschaffen. Auf einer BUND-Fachtagung im Juni 2005 trafen die Akteure erstmalig zusammen, um Schutz- und Erhaltungskonzepte zu diskutieren. Dieser Diskussionsprozess wird im Rahmen einer weiteren Fachtagung auch in 2006 fortgesetzt.

Mit der Erstellung von Projekt-Flyern, Plakaten und einer Wanderausstellung steht inzwischen umfangreiches kostenloses Informationsmaterial zur Verfügung. Darüber

hinaus wurde ein Konzept für eine ambitionierte Dauer Ausstellung im Kontext des Nationalparks Eifel auf Burg Vogelsang erstellt. Ziel für 2006 ist es, zur Realisierung dieser Ausstellung entsprechende Finanzmittel zu akquirieren. Hierfür wurde in der Landesgeschäftsstelle eine Traineeestelle „Marketing & Fundraising“ eingerichtet. Ferner streben wir an, das Projekt in Kooperation mit dem BUND-Bundesverband und den anderen BUND-Landesverbänden entlang des *Grünen Walls im Westen* über die Landesgrenzen hinaus zu etablieren.

Mehr Infos: www.gruenerwallimwesten.de

Info-Kampagne Nationalpark Eifel

Mit finanzieller Förderung der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF) und unterstützt von LNU und NABU war der BUND drei Jahre lang Träger des Projektes „Informationskampagne Nationalpark Eifel“. Durch die Finanzierung einer Stelle zur Öffentlichkeitsarbeit des Fördervereins Nationalpark Eifel konnten hervorragende Ergebnisse erzielt werden: Unzählige Informationsveranstaltungen, die Begleitung unserer gemeinsamen Nationalparkausstellungen, der Nationalpark-Kalender, das „Botschafter“-Projekt und die zahlreichen Info-Materialien halfen, den Nationalpark fest in Bevölkerung und Region zu etablieren.

Das Projekt lief Ende 2005 aus. Das heißt aber nicht, dass damit die Aktivitäten beendet wären – im Gegenteil. Dank der Anschubfinanzierung über das BUND-Projekt und des unermüdlichen Einsatzes des BUND-Beauftragten für den Nationalpark Eifel, Volker Hoffmann, steht der Förderverein nunmehr auf eigenen Füßen.

Aktuell gilt es, die im Zuge der Öffnung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Vogelsang einhergehende Gefahr einer Störung der gewachsenen Wechselfade des Rotwilds abzuwenden. Gefahr droht auch durch die wenig nationalparkkonforme Einrichtung eines Großparkplatzes mitten im Burgbereich. Die aktuelle Wegeplanung für die gesamte Fläche im Rahmen des Nationalparkplans prüft der BUND in Kooperation mit dem Förderverein, den Biologischen Stationen und der Nationalparkverwaltung intensiv und kritisch nach ökologischen Kriterien.



Durch beispiellosen Einsatz wurde der BUND-Beauftragte Volker Hoffmann zum „Vater des Nationalparks Eifel“

Foto: D. Jansen

Auch wenn die Umsetzung des Nationalparkplans nicht immer reibungslos und im Sinne des Nationalparkgedankens verläuft, ist es in der Eifel gelungen: Die Menschen begreifen die Bedeutung von „Natur Natur sein lassen“ und identifizieren sich mit „ihrem“ Nationalpark.

Die Hoffnung, dass diese positiven Erfahrungen mit dem Nationalpark Eifel auch auf Ostwestfalen ausstrahlen und ein zweites NRW-Großschutzgebiet, den Nationalpark Senne/Egge, endlich realisiert wird, scheinen sich hingegen nicht zu erfüllen. Durch den Regierungswechsel in Düsseldorf droht dieses Ziel wieder in weite Ferne zu rücken.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/naturschutz.htm

Unterhaltungskosten für die Infrastruktur. Die im Vergleich zur den Kernstädten kleinere Bevölkerung muss ein größeres Versorgungsnetz bezahlen. Bebauungsstrukturen ändern sich nur sehr langsam. Darum muss heute schon daran gedacht werden, dass die Bevölkerung in fast allen Kommunen Nordrhein-Westfalens spätestens ab 2020 abnehmen wird.

Doch schon früher werden wesentlich mehr alte Menschen in unseren Städten und Gemeinden leben. Sie haben zahlreiche Bedürfnisse, die von vielen derzeit und in den letzten Jahrzehnten geplanten Neubaugebieten nicht erfüllt werden. Auch viele junge Familien, die an die neu gebauten Ränder der Städte und Gemeinden gezogen sind, stellen diese Defizite fest: Sie sind zu hohem Verkehrsaufwand und steigenden Mobilitätskosten gezwungen, um die von Ihnen gewünschten Zielorte erreichen zu können.

Zukunftsfähige Flächennutzung in Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen gehen täglich fast 20 Hektar Freiraum (Landwirtschaftsfläche, Kulturlandschaft sowie Landschafts- und Naturschutzgebiete) verloren. Um diese Zahl wuchs die Siedlungs- und Verkehrsfläche in NRW jeden Tag des Jahres 2004. Im Jahr 2003 lag das Wachstum der nordrhein-westfälischen Kommunen noch bei knapp 9 ha pro Tag. Um diesem Missstand abzuweichen, hat der BUND mit Unterstützung der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung im November 2005 das zunächst auf zwei Jahre angelegte Projekt *Zukunftsfähige Flächennutzung in NRW* gestartet.

Flächenneuverbrauch und Siedlungswachstum sind nicht nur ein ökologisches Problem. Auch finanziell und sozial hat die derzeitige Praxis der Kommunen Nachteile. Die meist im Umland der Kernstädte ausgewiesene Bebauung niedriger Dichte verursacht hohe Bau- und

Die Planungsaufgaben der Zukunft liegen im Umbau des Bestandes, um unmotorisiert erreichbare Versorgung für Alt und Jung zu ermöglichen und das Leben in den Städten wieder attraktiver zu machen. Baulücken und Brachflächen im Bestand müssen genutzt werden. Die „Stadt der kurzen Wege“ – kompakt, Nutzungsgemischt und mit hoher Aufenthaltsqualität – in vielen Reden und Leitbildern beschrieben – muss zur Realität werden

Diese mitzugestalten, hat sich das Projekt zur Aufgabe gemacht. Ein wichtiger Teil des Projektes ist dabei die Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen in den Umweltverbänden. Die kritische Begleitung der Bauleitplanung durch die örtlichen Aktiven soll durch das Projekt unterstützt und gefördert werden.

Mehr Informationen:

www.freiraumschutz-nrw.de

Kreuzkröte statt Papst. Der BUND konnte die sensible Hangelarer Heide retten und sorgte dafür, dass der Weltjugendtag weitgehend konfliktfrei im ehemaligen Tagebau Frechen (Bild rechts) durchgeführt werden konnte.

Fotos: D. Jansen, BUND-Archiv



Verkehr: Schwarz-Gelb setzt auf Beton

Auch die neue Landesregierung setzt in punkto Verkehrspolitik überwiegend auf Beton. Anstatt eine intelligente und vernetzte Mobilitätspolitik zu forcieren, räumt Schwarz-Gelb dem Ausbau von Autobahnen und Flughäfen deutlich Priorität vor der Entwicklung einer umweltgerechten Mobilität ein. Die Koalitionsvereinbarung ist insofern ein deutlicher Rückschritt auf dem Weg zu einer ökologisch orientierten integrierten Verkehrsplanung.

Insbesondere auch die Koalitionsvereinbarung zum Ausbau der Flughäfen fordert den Widerstand von Bevölkerung und Umweltverbänden geradezu heraus.

Abwägung der lokalen und regionalen Umweltauswirkungen statt, noch enthält der Antrag die notwendigen konzeptionellen Aussagen über die Flughafenentwicklung in der Region Düsseldorf oder im Rheinland. Da die Stadt Düsseldorf und die Fa. Hochtief gleichzeitig Eigentümer des Flughafens Düsseldorf und des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach sind, ist eine Aussage zum Verzicht auf kollidierende Expansionsplanungen sowie ein Kooperationskonzept insbesondere mit dem Flughafen Köln/Bonn unverzichtbar.

„Sinnlosester Flughafen der Republik“

In Mönchengladbach konnte derweil ein (Teil-)Erfolg verbucht werden. Vom 30. Mai bis zum 1. Juli fand die Erörterung im Planfeststellungsverfahren zum Flugplatz-Ausbau statt. 160 Stunden wurde über die zahlreichen Einwendungen von BUND, anderen Umweltgruppen und Betroffenen diskutiert. Der BUND hält das Vorhaben wegen des fehlenden Bedarfs für den „sinnlosesten Flughafen ausbau Deutschlands“. Dazu kommen erhebliche Auswirkungen auf Natur und Landschaft im Städtedreieck zwischen Viersen, Mönchengladbach und Neuss. So würde durch den Ausbau das einzige Naturschutzgebiet im Landschaftsplan Willicher Lehmplatte, das NSG „Neersener Bruch“ – ein wertvolles Feuchtwaldgebiet –, praktisch vollständig entwertet.

Das Aus für diesen Flughafen ausbau rückte indessen unverhofft näher. Ende September 2005 erteilte der Regionalrat bei der Bezirksregierung Düsseldorf der geplanten Startbahnverlängerung eine Absage. Von den 47 abgegebenen Stimmen hatten 22 mit Nein, 22 mit Ja votiert. Bei drei Enthaltungen galt dieses Patt als Ablehnung. Ironie am Rande: Ein Ratsmitglied musste die Sitzung vorzeitig verlassen, um seinen Flug zu erwischen – er war Befürworter des Ausbaus und hätte den Ausschlag geben können.

Der BUND und die mit ihm kooperierenden Flughafenegner sehen sich damit in ihrer Kritik dieses sowohl verkehrspolitisch wie auch ökologisch unvertretbaren Vorhabens bestätigt. Doch ist dies auch das endgültige Aus des Projekts? Die schwarz-gelbe Landesregierung könnte den Beschluss aushebeln, wenn sie das Ziel 'Ausbau des Flughafens Mönchengladbach' im Landesentwicklungsplan festschriebe. Dies gilt jedoch als eher unwahrscheinlich, da der Flughafen Mönchengladbach im Luftverkehrskonzept 2010 der Landesregierung bislang keine Rolle spielt. Zwar läuft auch das Planfeststellungsverfahren weiter; eine Klage gegen einen etwaigen Ausbaubeschluss hätte aber wegen des Regionalrat-Votums große Erfolgsaussichten.

Die Befürworter des Ausbaus wären also gut beraten, das Projekt nun auch offiziell zu beerdigen.

Mehr Informationen: www.bund-nrw.de/verkehr.htm



Protest gegen Flughafen ausbau: Der BUND macht gemeinsam mit den BIs mobil gegen Lärmterror und Landschaftszerstörung.

Foto: W. Reh

Flughafen ausbau Düsseldorf

So machte der BUND gegen die Ausweitung des Luftverkehrs am Flughafen Düsseldorf mobil. Mit dem Ende der Einwendungsfrist im Januar 2005 hat der BUND bei der Bezirksregierung Düsseldorf eine Stellungnahme eingereicht, in welcher die beantragte Erhöhung auf 131.000 Flugbewegungen in den sechs verkehrsreichsten Monaten als „ungenügend begründet“ und „rechtsfehlerhaft“ abgelehnt wird.

Nicht nur die Bedarfsbegründung bleibt unzureichend, auch die Einschätzung der Lärmauswirkung der Erhöhung der Zahl der Flugbewegungen, die Risikoeinschätzung und die Aussagen zur Schadstoffbelastung sind mangelhaft. Es fand weder eine angemessene

YOU-move2 – die Jugend-Verkehrskampagne des BUND

Im Rahmen des Projektes YOU-move2 hat der BUND NRW in Kooperation mit der BUNDjugend NRW mit vielfältigen Aktionen auf die ökologischen Auswirkungen des Verkehrs hingewiesen und Jugendlichen eine Plattform für ehrenamtliches Engagement geboten. Das von der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung geförderte Projekt lief Ende Oktober 2005 aus.

Wie kann ein umweltverträglicher und jugendgerechter Verkehr aussehen? Mit dieser Frage beschäftigten sich weit über 600 Jugendliche in Form von inhaltlichen Workshops, Podiumsdiskussionen, Rollenspielen, Straßentheater und anderen öffentlichkeitswirksamen Aktionen. In ganz NRW war das YOU-move2-Team mit seinem Aktionsstand unterwegs.

Nähere Infos bietet die Homepage www.you-move2.de.

Abfall und Chemie: Ökodumping liegt im Trend

Müllentsorgung ist ein nicht selten anrüchiges Geschäft, mit dem sich viel Geld verdienen lässt. Die Energieversorger sind dabei auf ein besonders lukratives Tätigkeitsfeld gestoßen: Die Abfallmitverbrennung in den Kraftwerken. Das ist in zweierlei Hinsicht profitabel. Zum einen muss der Anlieferer für die Entsorgung zahlen, zum anderen werden durch die Mitverbrennung Brennstoff – in der Regel Braunkohle oder Steinkohle – und damit auch CO₂-Zertifikate eingespart. Die Zeche zahlen wieder einmal die Anwohner, denn durch die Hintertüre wandeln sich die Kraftwerke zu Müllverbrennungsanlagen.



Profitables (Neben-)Geschäft: Kraftwerke als Müllverbrennungsanlagen

Gegen solche „Müllverbrennungsanlagen durch die Hintertür“ macht der BUND – v.a. vertreten durch die Sprecherinnen der Landesarbeitskreise Abfall und Umweltchemikalien, Claudia Baitinger und Angelika Horster, mobil. In zahlreichen Genehmigungsverfahren waren die BUND-Expertinnen gefragt.

Negativ-Beispiele gibt es zuhauf: Die Fa. Kerr Mc Gee, Krefeld, stellt z.B. 180.000 t/a Eisensulfat für die Zementindustrie her. Dieses Eisensulfat fiel früher als Dünnsäure an, heute wird es im Zementwerk „verklappt“. Oder das Zementwerk der Fa. Lafarge in Kall-Sötenich (Eifel). Die dort geplante Abfallmitverbrennung führte zu massiven Protesten. Der Vorhabensträger versuchte, sich mit einer strafbewehrten Unterlassungserklärung des kritischen BUND-Sachverständigen zu entledigen. Auch die Abfall-Mitverbrennung im e.on-Kraftwerk GKV in Porta Westfalica führte zu heftigen Turbulenzen, insbesondere wegen der Auseinandersetzung um die dubiosen „Sachbeistände“ einer mit Stadt und Politik vor Ort verbandelten Bürgerinitiative. Das derzeit laufende Genehmigungsverfahren für eine als Steinkohlekraftwerk getarnte Müllverbrennungsanlage der Fa. e.on in Datteln „toppt“ allerdings alles: Hier sollen bis zu 700.000 t problematischen Abfalls jährlich mit verfeuert werden.

Auch das RWE etabliert sich nach dem Verkauf der Abfallsparte wieder zunehmend im Müllgeschäft. Seit einigen Jahren verbrennt die RWE Power AG z. B. im Braunkohle-Kraftwerk Frimmersdorf bis zu 30 t



Papierschlamm pro Stunde. 2003 wurden in NRW-Braunkohlkraftwerken insgesamt 185.000 t Papier-, Faser- und De-Inkingschlämme und 105.000 t Klärschlamm verbrannt. Weitere Anträge auf Genehmigung der Abfallmitverbrennung in den Kraftwerken Berrenrath und Weisweiler laufen.

NRW als „Müllklo der Nation“

In der Theorie sollen in Kohlekraftwerken zur so genannten „energetischen Verwertung“ nur solche Stoffe eingesetzt werden, die in ihren chemisch-physikalischen Eigenschaften den Regelbrennstoffen ähnlich sind. Abweichungen der Brennstoffqualität von dem für die einzelnen Anlagen definierten Brennstoffband können größere Auswirkungen auf den Betrieb der Anlage haben. Kraftwerke sind jedoch nicht für Abfallbehandlungsprozesse ausgelegt. So weisen Kraftwerke im Vergleich zu einer MVA ein schlechteres Rückhalte-



vermögen für leicht flüchtige und hoch giftige Schwermetalle wie Quecksilber und meist höhere Feinstaubemissionen auf. Über diese Staubemissionen werden auch die an die Partikel gebundenen Schwermetalle freigesetzt. Auch bei den verwertbaren Abfällen aus Kraftwerken (REA-Gipse, Granulate, Flugaschen etc.) ist ein Anstieg der Schwermetallgehalte gegenüber dem Regelbetrieb wahrscheinlich.

Auch die Vielzahl von Genehmigungen für dubiose Biomasse-Verbrennungsanlagen, wo unter dem Label einer umweltfreundlichen Energiegewinnung v.a. stark belastete Althölzer entsorgt werden sollen, beschäftigte den BUND in 2005.

NRW entwickelt sich damit mehr und mehr zum „Müllklo der Nation“. Wurden bis 2004 noch etwa 3 Mio. Tonnen Abfall v.a. aus den Niederlanden und Italien importiert und in MVAs, Zement- und Kraftwerken entsorgt, so kommen die Importe jetzt überwiegend aus den anderen Bundesländern. Dies ist eine unmittelbare Folge des Inkrafttretens der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi). Dass NRW so überreich mit Müllverbrennungsanlagen, Zementwerken und Kraftwerken „gesegnet“ ist, erzeugt den entsprechenden Müllsog. Die Wirtschaft freut's. Es muss damit gerechnet werden, dass die bislang nur zu einem Bruchteil genutzten Genehmigungen für die Abfallmitverbrennung zukünftig voll ausgeschöpft werden. Ein Millionengeschäft zu Lasten von Mensch und Umwelt.

Schwarz-Gelb will Ökodumping

Wie wichtig die Einmischung des BUND und der kritischen Öffentlichkeit bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren ist, belegt beispielhaft das Verfahren zur Erweiterung der Acrylsäureanlage im „Chemiepark“ Marl der Fa. Degussa–Stockhausen, wo mit der geplanten Verdoppelung der Kapazität auf 400.000 t/a auch gleich das Gefahrenpotenzial vervielfacht würde. Der europäische Gesetzgeber hat dies erkannt und die Rechte der Öffentlichkeit durch die so genannte Beteiligungsrichtlinie wesentlich gestärkt.

Seit Jahren sind die BUND-ExpertInnen in wichtigen Gremien präsent: Ob in der Steuerungsgruppe des

Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG), dem Landesbeirat Immissionsschutz“ (beides beim Umweltministerium angesiedelt) oder der aus Störfallkommission (SFK) und Technischem Ausschuss für Anlagensicherheit (TAA) zusammengelegten neuen „Kommission für Anlagensicherheit“ (beim Bundesumweltministerium) – überall war der BUND-Sachverstand bislang gefragt.

Doch während die Vorgänger-Landesregierung noch viel Wert auf Beteiligung legte, machte der neue Umweltminister schnell deutlich, wie sehr ihn die Umweltverbände und die Öffentlichkeit „stören“. Mit seiner Bundesratsinitiative zur „Reduzierung und Beschleunigung von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren“ sollen die Genehmigungsverfahren für eine Vielzahl potenziell umweltgefährdender Anlagen erleichtert, die materiellen Umweltstandards gesenkt und Beteiligungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Der BUND reagierte prompt. Doch die detaillierte Stellungnahme des Landesarbeitskreises Umweltchemikalien konnte diese „Beschleunigungs- und Deregulierungsoffensive“ nicht verhindern. Der Bundesrat stimmte den Vorschlägen unlängst zu. Jetzt liegt es am Bundesgesetzgeber, Schlimmeres zu verhüten.

Ausblick 2006

Ziel des BUND für 2006 muss es sein, den mit den Landtagswahlen 2005 eingesetzten Roll-back in vielen Bereichen des Natur- und Umweltschutzes aufzuhalten und gleichzeitig positive Akzente für eine ökologische Ausrichtung der Politik in Kommunen, Kreisen und Land zu setzen. Hierzu bedarf es starker Bündnisse mit anderen Akteuren aus Umweltverbänden, Gesellschaft und Politik.

Mit den BUND-Schwerpunkten ‚Agrarpolitik/ Gentechnik‘ und ‚Klimaschutz‘ ist der BUND für die politische Auseinandersetzung gut aufgestellt. Daneben bleiben die BUND-Projekte ein weiteres wichtiges Element der fachpolitischen Arbeit. Hier werden vermehrte Anstrengungen nötig sein, um diese trotz erschwelter Rahmenbedingungen auch zukünftig fortführen zu können.

Unabhängig. Politisch und finanziell.

Politische Unabhängigkeit setzt eine eben solche im finanziellen Bereich voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Verband keine institutionelle Förderung erhält und auf zweifelhafte Spenden verzichtet. Basis der Einnahmen sind die Beiträge der etwa 20.000 BUND-Mitglieder in NRW.

Woher der BUND seine Mittel bekommt

Der BUND Landesverband NRW konnte im Jahr 2005 seine finanzielle Basis weiter festigen. Die sicherste Unterstützung erhielt er dabei mit rd. EUR 512.000 über die Beiträge seiner Mitglieder. Dies ist die eigentliche Basis für zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichen Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung innovativer Projekte.

Die Spendeneinnahmen und Bußgelder lagen im Jahr 2005 etwa so hoch wie geplant. Erstmals hat der Landesverband Einnahmen aus einer Erbschaft erhalten.

Die Projektzuschüsse resultierten im Wesentlichen aus Förderungen, die der Landesverband für seine Projekte Wassernetz NRW, Grüner Wall im Westen und Informationskampagne Nationalpark Eifel sowie für diverse Seminare beantragt und erhalten hat. Förderinstitutionen für Natur- und Umweltschutzprojekte des BUND NRW waren hauptsächlich die Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung (SUE), die Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF) und die Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA). Hinzu kamen als große Posten die Förderung für verschiedene Naturschutzmaßnahmen und -projekte im Umweltzentrum Hagen sowie

Förderungen für Projekte anderer Kreis- und Ortsgruppen. Die Einnahmen aus Zweckbetrieb und Wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb stammen fast ausschließlich aus Naturschutzmaßnahmen der BUND-Mitarbeiter im Umweltzentrum Hagen. Eine institutionelle Förderung von der Landesregierung bekommt der BUND in Nordrhein-Westfalen nicht.

Die Einnahmen aus Vermögensverwaltung waren überwiegend Zinseinnahmen, z.B. aus der Beteiligung an der Windkraftanlage e³ in Geseke. Gemeinsam mit seinen Kreisgruppen legt der Landesverband Mittel zu einem Teil in Form von Beteiligungen an vorbildlichen Pilotprojekten (Upländer Bauernmolkerei, Märkischer Landmarkt oder Wattfair GmbH) an und unterstützt damit diese Projekte.

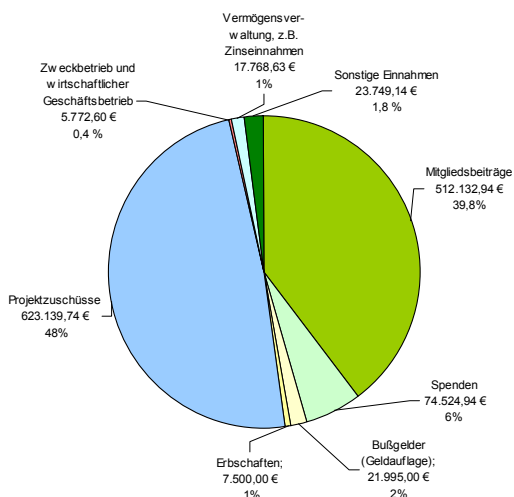


Wofür der BUND seine Mittel einsetzt

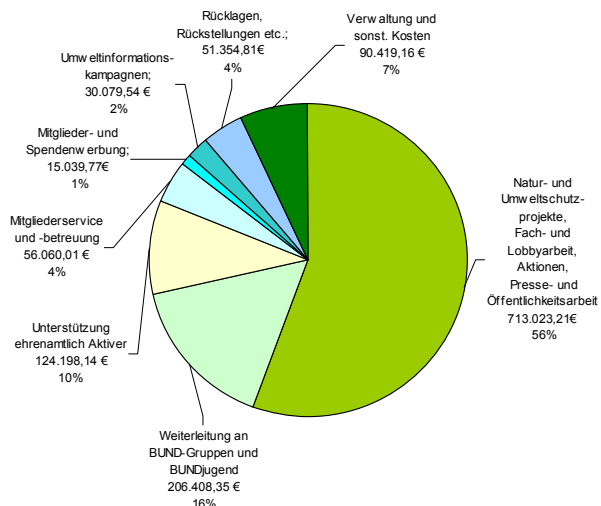
Mehr als die Hälfte der Mittel flossen unmittelbar in Natur- und Umweltschutzprojekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kamen weitere 16 %, die an die BUNDgruppen und BUNDjugend weitergeleitet und dann ebenfalls für umweltpolitische Arbeiten und Naturschutzprojekte vor Ort eingesetzt wurden. Zusammen sind dies mehr als 70 % der Gesamtausgaben des BUND NRW, die unmittelbar Natur und Umwelt zugute kommen.

Die Unterstützung und Betreuung der zahlreichen ehrenamtlichen Aktiven bei ihren Projekten und Aktivitäten sowie der ehrenamtlichen Gremien, in denen

EINNAHMEN 2005



AUSGABEN 2005



ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet, schlug mit insgesamt knapp 10 % zu Buche.

Bei den Ausgaben für den Mitgliederservice handelt es sich überwiegend um die Erstellung und den Versand der Mitgliederzeitschrift BUNDmagazin mit dem Einhefter NRW-Info mit speziellen Informationen aus Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommen die Beantwortung vieler fachlicher Anfragen aus der Mitgliedschaft zu diversen Umweltthemen. Für den Mitgliederservice gab der Landesverband rd. EUR 56.000 aus.

Für Umweltinformationskampagnen setzte der Landesverband etwa EUR 30.000, für Spenden und Mitgliederwerbung rd. EUR 15.000 ein. Für verschiedene zukünftige Projekte wurden die Rückstellungen und Rücklagen um einer Summe von etwas mehr als EUR 51.000 aufgestockt.

Die Kosten für Verwaltung und sonstige Kosten lagen mit nur 7 % weiterhin erfreulich niedrig.

BUND NRW Naturschutzstiftung

Die im März 2002 zur Bewahrung unseres heimischen Naturerbes gegründete BUND NRW Naturschutzstiftung hat sich inzwischen etabliert. Dank der Zustiftungen der Firma Weiling ist das Stiftungskapital auf rd. 125.000,- Euro angewachsen. Im nächsten Jahr wird die Stiftung aus den Erträgen die ersten kleineren Projekten fördern.

Das Stiftungskapital wird nach ökologischen Grundsätzen angelegt und soll neben der Erwirtschaftung von Zinsen auch politischen Zielen dienen. Auch wenn die Stiftung weiterhin auf der Suche nach weiteren ökologisch orientierten Zustiftern ist, ist sie schon erfolgreich.

Wichtigstes Projekt der Stiftung ist bislang die jährliche Auswahl des „Schmetterlings des Jahres“.

Nach Waldteufel und Aurorafalter kürte die BUND NRW Naturschutzstiftung im vergangenen Jahr die Rostbinde zum dritten Schmetterling des Jahres. Die Auswahl und Präsentation des Schmetterling des Jahres erfolgte wieder in enger Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V..

Die Präsentation der Rostbinde fand bundesweit in der Tagespresse sowie in zahlreichen Fachzeitschriften wie z.B. den LÖBF-Mitteilungen ein ebenso großes Medienecho wie in den Jahren davor Waldteufel und Aurorafalter. Ergänzt wurde die Aktion von einer Schmetterlingsexkursion auf dem ehemaligen Munitionsdepot Brüggen-Bracht, also dort, wo die Rostbinde vorkommt.

Mit dem „Schmetterling des Jahres“ erreichte die Stiftung wieder eine große Öffentlichkeit – auch außerhalb der klassischen Umwelt- und Naturschutzszene. Dies ist von großer Bedeutung im Hinblick auf die geplante Übernahme von Bunkeranlagen des ehemaligen Westwalls im Rahmen des Projekts „Grüner Wall im Westen“.



Hier spielt die BUND NRW Naturschutzstiftung als Träger für die Übernahme von Bunkeranlagen und die

damit zusammenhängenden Verhandlungen mit dem Bundesvermögensamt eine wichtige Rolle. Die erste Übernahme ist für Frühjahr 2006 ins Auge gefasst.

Mehr Informationen:

www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de



Fotos: BUND-Archiv

Wir über uns



Foto: P. Kröfges

Der BUND-Landesvorstand:

Christine Zechner
Beisitzerin

Prof. Dieter Schmalz
Beisitzer

Paul Kröfges
stellvertr. Landesvorsitzender

Horst Meister
Beisitzer

Klaus Brunsmeier
Landesvorsitzender

Bernd Meier-Lammering
stellvertr. Landesvorsitzender

Das Team der Düsseldorfer BUND-Landesgeschäftsstelle:

Dr. Christoph Aschemeier
Projekt WASSERNETZ NRW



Rolf Behrens
Projekt WASSERNETZ NRW

Dr. Jochen Behrmann
Organisation



Ralf Bilke
*Kreis- und Ortsgruppen-
betreuung / Agrarpolitik*

Kristina Grund
*Cash-Management,
Haushaltsüberwachung*



Stephan Günthner
*Projekt Zukunftsfähige Flächennutzung
in NRW*

Silke Höfs
Trainee Fundraising&Marketing



Dirk Jansen
*Umwelt- und Naturschutzpolitik,
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

Claudia Reuter
Büroassistenz



Sebastian Schöne
Projekt Grüner Wall im Westen



Uschi Vennes
*Zahlungsverkehr /
Spendenbescheinigung*



BUND-Arbeitskreise gibt es zu folgenden Themen:

Abfall
Atom
Braunkohle
Deregulierung
Energie
Heimische Orchideen
Landwirtschaft
Naturschutz
Umweltchemikalien/Toxikologie
Verkehr
Wald
Wasser

Ansprechpartner der Arbeitskreise und der etwa 200 örtlichen BUND-Gruppen sind in der Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0211 / 30 200 5-0, zu erfragen. Oder schauen Sie ins Internet: <http://www.bund-nrw.de>



BUNDjugend NRW

Mit vielen kleinen Taten an vielen Orten das Gesicht der Welt verändern – das ist das Ziel der Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Als selbständige Jugendorganisation möchte die BUNDjugend Kinder und Jugendliche für den Umwelt- und Naturschutz aktivieren. Die BUNDjugend ist als gemeinnütziger Träger der Jugendpflege anerkannt und Mitglied im Landesjugendring NRW. In Nordrhein-Westfalen ist die BUNDjugend in vielen Landkreisen und kreisfreien Städten vor Ort mit Kindergruppen und selbstorganisierten Jugendgruppen vertreten.

Neben den engagierten Kindern und Jugendlichen gibt es auch mehrere hauptamtliche MitarbeiterInnen. Ihre Geschäftsstelle ist das Projektbüro der BUNDjugend NRW in Soest. Dort wird eine Fülle von Angeboten, Aktionen und Projekten mit und für Kinder und Jugendliche produziert. Die Landesjugendvertretung der BUNDjugend NRW besteht aus ehrenamtlichen Jugendlichen und wird jedes Jahr neu gewählt. Die Ehrenamtlichen können damit also die inhaltliche Arbeit entscheidend mit beeinflussen.

Die BUNDjugend hat viele Angebote für junge Leute mit Köpfchen, die etwas erleben und nicht immer nur die anderen machen lassen wollen. Lust mitzumachen?

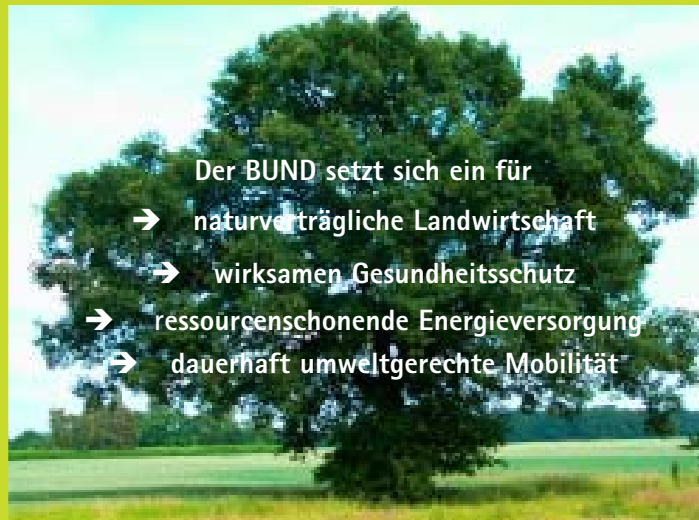
Mehr Informationen: www.bundjugend-nrw.de



Foto: BUNDjugend

Kontakt

BUNDjugend Nordrhein-Westfalen
Lütgen Grandweg 3
59494 Soest
Telefon: (02921) 3 36 40



- Der BUND setzt sich ein für
- naturverträgliche Landwirtschaft
 - wirksamen Gesundheitsschutz
 - ressourcenschonende Energieversorgung
 - dauerhaft umweltgerechte Mobilität

**Werden Sie aktiv im BUND
oder unterstützen Sie unsere Arbeit
durch eine Spende:**

**Konto 8 204 700, BLZ 370 205 00,
Bank für Sozialwirtschaft, Köln**

**Mehr Infos:
www.bund-nrw.de**

IMPRESSUM

Der **BUNDjahresbericht 2005** wird herausgegeben vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. ♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: -26, e-Mail: bund.nrw@bund.net ♦ **V.i.S.d.P.:** Klaus Brunsmeier, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen ♦ **♦BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. ♦ **Der BUND im Internet:** www.bund-nrw.de ♦ Düsseldorf, April 2006

